

Kritik von allen Seiten

Seit Monaten wirbt Seehofer für ein neues Asylrecht, nun wird es eng / Von Helene Bubrowski, Berlin

Horst Seehofer erhöht den Druck. Kürzlich hat der Bundesinnenminister wieder gefordert, dass die gemeinsame europäische Asylpolitik für die Zukunft Europas „mindestens“ die gleiche Bedeutung habe wie ein europäischer Green Deal. Seinen eigenen Plan für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems kann Seehofer mit diesem Nachdruck allerdings nur noch wenige Monate betreiben – bis zum 1. Juli, wenn Deutschland die Ratspräsidentschaft übernimmt und fortan als „ehrlicher Makler“ aufzutreten hat. Schon im Dezember hatte Seehofer seinen Vorschlag der neuen Kommission in Brüssel und anschließend im Kreis der EU-Innenminister vorgestellt. Die Idee ist nicht neu: Entscheidungen über Asylanträge sollen an die EU-Außengrenzen verlagert werden. Die Kommission reagierte aufgeschlossen, in den anderen Mitgliedstaaten war das Echo durchwachsen.

In der eigenen Fraktion, also bei den CDU- und CSU-Abgeordneten im Bundestag, kommt das Konzeptpapier aller-

dings nicht gut an. Das Bundesinnenministerium hat in der vergangenen Woche die drei Kernelemente für eine Neufassung des Asylsystems vorgelegt. Sie sind innerhalb der Bundesregierung, also auch mit den SPD-geführten Ressorts wie dem Auswärtigen Amt, abgestimmt.

„Ein neues europäisches Asylsystem ist kein Selbstzweck“, sagte Thorsten Frei (CDU), der stellvertretende Fraktionsvorsitzende für den Bereich der Innenpolitik, dieser Zeitung. „Wir dürfen keine Kompetenzen abgeben, wenn die Lösung hinterher schlechter ist. Ziel einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik muss die Reduktion der Migration nach Deutschland sein.“ Dieses Ziel sehen die Innenpolitiker der Unionsfraktion aus mehreren Gründen verfehlt. An den EU-Außengrenzen soll nach Vorstellung der Bundesregierung nur eine „Vorprüfung“ der Asylanträge stattfinden: Personen, die offensichtlich nicht schutzbedürftig sind, weil sie aus einem sicheren Herkunftsland oder einem si-

cheren Drittstaat kommen oder die öffentliche Sicherheit gefährden, werden laut Konzeptpapier zurückgewiesen. Alle anderen Migranten sollen nach einer

Quote („Fair share“), vorab anhand von Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft festgelegt, auf die Mitgliedstaaten verteilt werden, die fortan für die jeweiligen Asylverfahren ausschließlich und dauerhaft zuständig sein sollen („ewige Zuständigkeit“). So sollen die Belastungen auf alle Mitgliedstaaten gleichmäßig verteilt werden. „An den EU-Außengrenzen muss eine umfassende Prüfung der Asylanträge stattfinden“, fordert Frei. „Es macht keinen Sinn, dass Migranten in der EU verteilt werden, die nur in seltenen Fällen eine Aussicht auf ein Bleiberecht haben.“ Das schaffe nur neue Pull-Faktoren.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen Schutzsuchende Prioritäten angeben können, in welches EU-Land sie verteilt werden. Die Idee dahinter ist, Sekundärmigration zu vermeiden, also

das Weiterziehen in einen anderen Mitgliedstaat. Aus Freis Sicht ist das „inakzeptabel“. „Das würde dazu führen, dass in Deutschland die Quote immer ausgeschöpft wird“, sagte der Innenpolitiker. Aus demselben Grund wendet er sich dagegen, dass – wie laut Papier vorgesehen – der Nachzug der erweiterten Verwandtschaft ermöglicht werden soll. Ziehen Migranten trotz der vorgesehenen „ewigen Zuständigkeit“ eines Mitgliedstaats weiter, bestehen die Innenpolitiker der

Unionsfraktion zudem darauf, dass ihnen, anders als nun vorgeschlagen, von dem anderen Staat keine Leistungen gewährt werden – auch nicht zur Überbrückung, auch nicht in Härtefällen.

Die Grünen-Abgeordnete Franziska Brantner ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Bundesregierung sogar ohne weitere Verschärfungen kaum Aussicht auf Erfolg hat. Er bürde „die Last vor allem den Staaten an den Außengrenzen

auf“, sagte Brantner dieser Zeitung. „Warum sollten sie die Idee dann mittragen? Das wäre so, als ob Schleswig-Holstein von Baden-Württemberg und Bayern erwarten würde, die ganze Arbeit zu machen, und dann auch ein paar Leute aufnehmen würde.“ Die Grünen-Politikerin fordert, dass die starken Länder in der EU vorangehen. Alle müssten sich an allen Dimensionen des Asylsystems beteiligen, „aber vielleicht in unterschiedlicher Stärke“, so Brantner.